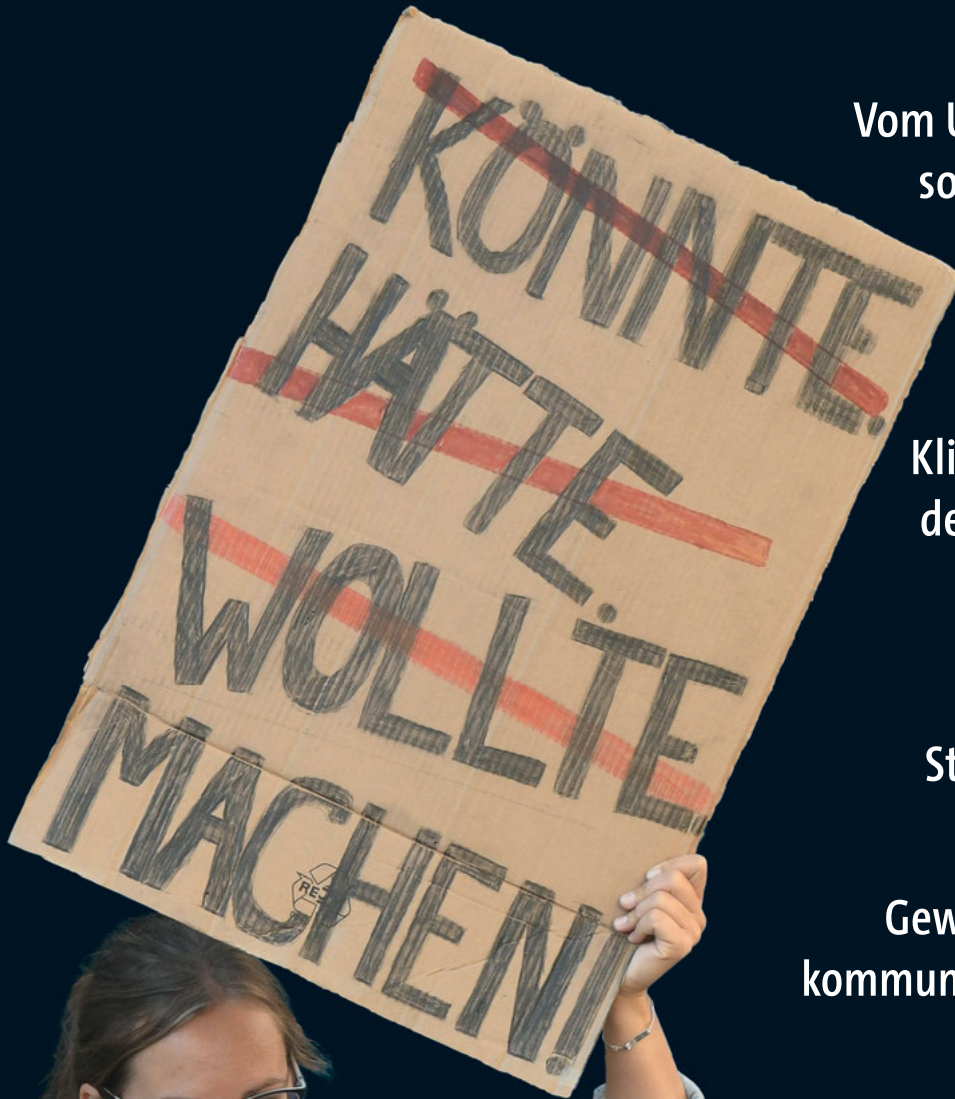


POLITIKUM

Heft 3 | 2023

ANALYSEN | KONTROVERSEN | BILDUNG

POLITIK MIT DEM KLIMA



Vom Umweltschutz zur
sozial-ökologischen
Transformation –
Konzepte und
Konflikte

Klimapolitik Chinas,
der USA und der EU

Barrieren für die
Verkehrswende

Städte als Vorreiter

Gemeinwohl statt
Gewinnmaximierung:
kommunale Unternehmen

Deutschland: € 12,80, Österreich: € 13,90, Schweiz: sFr 16,90



 **WOCHENSCHAU
VERLAG**



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

NEUERSCHENUNG

Chehata | Eis | Lösch | Schäfer | Schmitt |
Thimmel | Trumann | Wohnig (Hg.)

HANDBUCH KRITISCHE POLITISCHE BILDUNG



ISBN 978-3-7344-1594-4, 608 S., € 59,90
Subskriptionspreis bis 31.1.2024: € 49,90
PDF: ISBN 978-3-7566-1594-0, € 49,99

Yasmine Chehata, Andreas Eis, Bettina Lösch,
Stefan Schäfer, Sophie Schmitt, Andreas Thimmel,
Jana Trumann, Alexander Wohnig (Hg.)

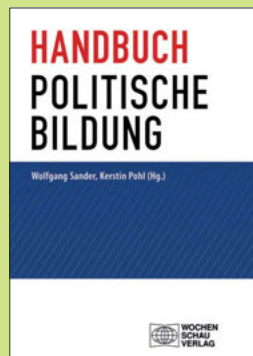
Handbuch kritische politische Bildung

Das Handbuch legt den aktuellen Stand kritischer politischer Bildung im deutschsprachigen Raum dar und versammelt Beiträge zu gesellschaftstheoretischen Begründungen und Schlüsselproblemen politischer Bildung. Renommierete Autor*innen werfen reflexive Blicke auf formale und non-formale politische Bildung, auf kritische Soziale Arbeit, soziale Bewegungen und Selbstorganisationen sowie auf rahmende Strukturen und Förderprogrammatiken. Nach über zehn Jahren liegt damit eine völlig neu erarbeitete Weiterentwicklung des Vorgängerbandes ‚Kritische politische Bildung. Ein Handbuch‘ vor.

Ein Handbuch für Lehrkräfte, politische Bildner*innen, Multiplikator*innen und Wissenschaftler*innen der schulischen und außerschulischen politischen Bildung und für alle an kritischer politischer Bildung Interessierten.



Hg. von Andreas Petrik
und Stefan Rappenglück
ISBN 978-3-7344-0421-4,
336 S., € 39,80



Hg. von Wolfgang Sander
und Kerstin Pohl
ISBN 978-3-7344-1362-9,
640 S., € 49,90



Hg. von M. Th. Meßner,
M. Schedelik und T. Engartner
ISBN 978-3-7344-0644-7,
240 S., € 28,00



Hg. von Klaus-Peter Hufer
und Dirk Lange
ISBN 978-3-89974943-4,
368 S., € 29,90



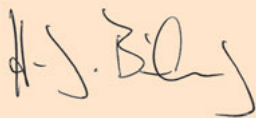
POLITIKUM

KLIMASCHUTZKONFLIKTE

Vor etwa fünf Jahren formierte sich Schritt für Schritt eine soziale Bewegung – „Fridays for Future“. Erst waren es Schulstreiks, dann größere, grenzüberschreitend vernetzte Demonstrationen und Proteste, im Zuge derer sich die öffentliche Debatte über die „Klimakrise“ erkennbar intensivierte. Die Bewegung übte Druck auf die politischen Entscheidungsträger aus, das im Weltklimaabkommen vereinbarte Ziel einzuhalten, die globale Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen – also feierlichen Reden und ambitionierten Deklarationen konkrete Taten folgen zu lassen.

Nimmt man die Prognosen über die absehbare Klimaerwärmung als Maßstab, so war „Fridays for Future“ wenig erfolgreich. Schaut man jedoch auf die klimapolitischen Aktivitäten, die in den letzten Jahren eingeleitet oder intensiviert wurden, so stellt sich die Situation widersprüchlicher dar. Auf der einen Seite gibt es zahlreiche Prozesse, Initiativen und Maßnahmen, die durchaus – nicht nur in Deutschland – darauf abzielen, die gesellschaftliche Produktions- und Lebensweise klimaverträglicher zu gestalten und sozial-ökologisch zu transformieren. Auf der anderen Seite stoßen diese transformativen Impulse aber ebenso auf den Widerstand vieler Akteure, die aus unterschiedlichen Gründen an den bestehenden ökonomischen, sozialen oder kulturellen Praktiken und Gewohnheiten festhalten wollen. Das Thema eines umfassenden, effektiven und sozialverträglichen Klimaschutzes prägt damit eine konfliktive politische Agenda. Es ist durch weitere Krisenprozesse – die Corona-Pandemie und den Krieg Russlands gegen die Ukraine – überlagert und vorübergehend in den Hintergrund geschoben worden, um perspektivisch aber umso dringlicher zurückzukehren.

Für **POLITIKUM** ist dies Grund genug, eine Art Zwischenbilanz der klimapolitischen Strategien, Konzepte und Aktivitäten der vergangenen Jahre zu ziehen. Das Heft versucht auszuloten, ob wir uns stetig auf einen Klimakollaps zubewegen oder ob es auch Entwicklungen gibt, die Mut machen. Wie hat sich das Verständnis von Klimapolitik und sozial-ökologischer Transformation entwickelt? Welchen Ansatz verfolgen die großen Schwellenländer, vor allem China, im Kampf gegen die Klimakrise? Hat die Biden-Administration in den USA einen klimapolitischen Kurswechsel eingeleitet? Wie ist der „Green Deal“ der Europäischen Union einzuschätzen? Und welche Ansätze einer sozial-ökologischen Transformation werden in Deutschland gerade auch auf der regionalen oder lokalen Ebene verfolgt?



Hans-Jürgen Bieling





Seite 4

Sozial-ökologische Transformation

Inzwischen wird weniger vom Umweltschutz als von Nachhaltigkeit oder einer sozial-ökologischen Transformation gesprochen. Dieses Konzept ist ambitioniert und voraussetzungsreich zugleich.



Seite 26

Klimaschutz in den USA

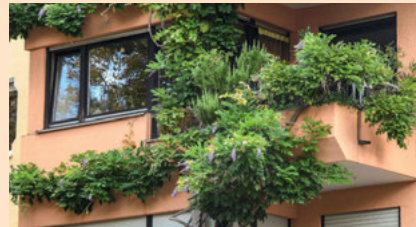
Die Biden-Administration hat mehrere Programme aufgelegt, um in den USA eine klimapolitische Wende einzuleiten. Doch diese Programme sind gesellschaftlich nicht unumstritten oder stoßen, so der „Inflation Reduction Act“, auf heftige internationale Kritik.



Seite 12

European Green Deal

Mit dem European Green Deal hat sich die EU auf ein Programm verständigt, das einen klimapolitischen Paradigmenwechsel verspricht. Letztlich dominieren jedoch die Konzepte der Modernisierung und Wachstumsorientierung.



Seite 32

Kommunale Nachhaltigkeits- und Klimapolitik

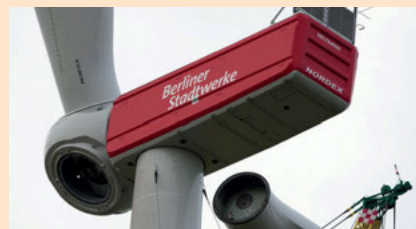
In vielen Kommunen stellt die Klimapolitik inzwischen eine wichtige Querschnittsaufgabe dar. Um diese Aufgabe effektiv zu erfüllen, bedarf es jedoch gewisser finanzieller und politisch-kultureller Voraussetzungen.



Seite 18

Transformation in China

In China wächst mit der Wirtschaft auch der ökologische Fußabdruck. In Reaktion darauf gewinnen Konzepte der Nachhaltigkeit an Bedeutung. Ob dies jedoch ausreicht, die klimapolitischen Verpflichtungen zu erfüllen, ist zweifelhaft.



Seite 40

Stadtwerke

Kommunale Unternehmen, insbesondere die Stadtwerke, sind für einen effektiven Klimaschutz unverzichtbar. Sie stellen mit dem ÖPNV und der Energieversorgung diejenigen Infrastrukturen bereit, die eine nachhaltige Produktions- und Lebensweise ermöglichen.



Seite 48

Integrierte Verkehrsplanung

Eine nachhaltige, integrierte Verkehrsplanung ist dringlich und wird fast überall angestrebt. Aber sie scheitert immer wieder an verwaltungskulturellen und planungstechnischen Hindernissen.



Seite 56

Die Klimapolitik der Ampel

Die Bundesregierung sieht sich selbst als „Fortschritts“-Koalition. Inwiefern gilt dies für die Klimapolitik? Die Einschätzungen driften weit auseinander.



Seite 66

Sinnbilder und Alltagsverstand in der politischen Bildung

Die Konzeption der Sinnbilder hat fachdidaktische Potenziale, aber auch Grenzen. Um diese zu überwinden, gilt es einen hegemonietheoretischen Zugriff auf den Alltagsverstand zu entwickeln.

Politik mit dem Klima

Thomas Barth

Vom Umweltschutz zur sozial-ökologischen Transformation. Krisen, Konzepte und Konflikte 4

Tobias Haas

Der European Green Deal zwischen sozial-ökologischer Transformation und ökologischer Modernisierung 12

Anja Senz

Chinas Transformationspfade – ökonomisch, sozial, ökologisch? 18

Interview mit Sonja Thielges zur

Klima- und Sozialpolitik der Biden-Administration 26

K. Kern, W. Haupt, E. Kochskämper und P. Eckersley

Städte als Vorreiter? Kommunale Nachhaltigkeits- und Klimapolitik in Deutschland zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft 32

Andrea Müller und Maria Pfeiffer

Gemeinwohl statt Gewinnmaximierung. Kommunale Unternehmen in der sozial-ökologischen Transformation 40

Alexander Rammert und Oliver Schwedes

Barrieren für die Verkehrswende. Hintergründe und Lösungsansätze 48

Pro & Contra

Christian Kühn

Die deutsche Klimapolitik auf einem guten, aber steinigem Weg 56

Oliver Powalla

Paris aus dem Blick verloren 61

Forum

Juliane Hammermeister

Sinnbilder und Alltagsverstand in der politischen Bildung 66

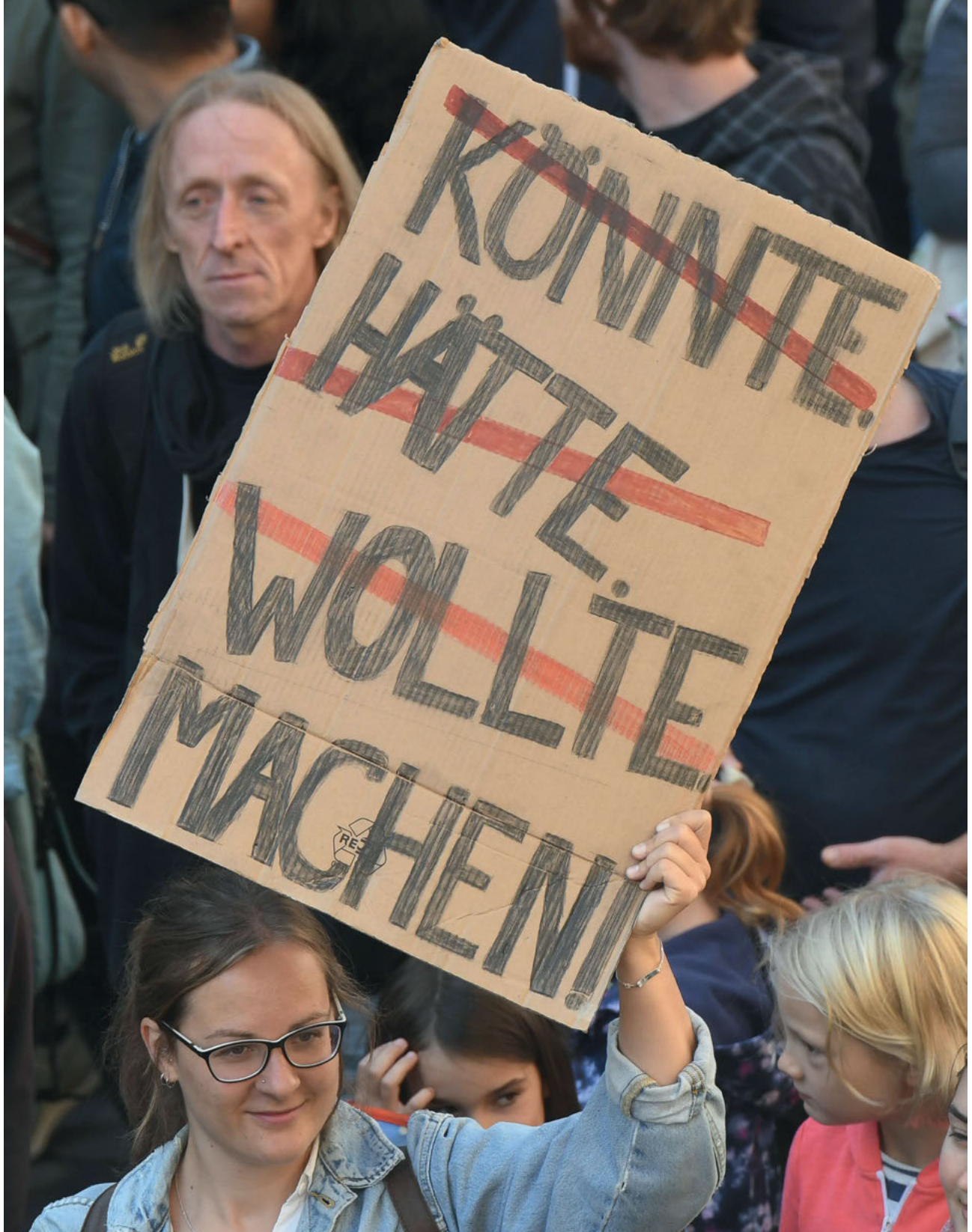
Rezensionen

Bücher zum Thema 72

Das streitbare Buch / Bücher Politikwissenschaft 76

Literaturtipps 78

Impressum 80



© picture alliance/Winfried Rothermel

VOM UMWELTSCHUTZ ZUR SOZIAL- ÖKOLOGISCHEN TRANSFORMATION

Krisen, Konzepte und Konflikte

von THOMAS BARTH

Eine sozial-ökologische Transformation scheint unausweichlich. Angesichts des ungebremsten Fortwirkens zerstörerischer Naturverhältnisse ist ein Weiter-so keine Option mehr. Diese Einsicht wird inzwischen breit geteilt. Sie hat sich auch in umfangreichen politisch-rechtlichen Regulierungen, wirtschaftlich-technischen Entwicklungen und geänderten Alltagspraktiken niedergeschlagen. Doch die Problemlagen sind komplex, die Zeit knapp, die zu verteilenden Kosten enorm, der Ausgang ungewiss. Was verbirgt sich hinter dem Begriff der sozial-ökologischen Transformation und wie ist der Stand auf dem Weg dahin?

Klimakrise und multiple Krisenlagen

Obwohl bekannt ist, dass die ökologische Krise letztlich ein multiples Krisengeflecht darstellt, ist der menschengemachte Klimawandel derzeit *das* prominente ökologische Problem. Er wird als Knotenpunkt in diesem Krisengeflecht von teils bereits überschrittenen planetaren Grenzen (wie zum Beispiel bei Landnutzung, Nährstoffströmen, Biodiversität) und somit als Existenzfrage der Menschheit überhaupt begriffen. Es ist kein apokalyptisches Bedrohungsszenario einer Öko-Sekte, sondern wissenschaftlich fundiert, dass für große Teile der schon heute lebenden Weltbevölkerung – wenn eine sozial-ökologische Transformation nicht gelingt – die Folgen des Klimawandels katastrophal sein werden. Schon jetzt bedrohen Dürren und Extremwetterereignisse wie Überschwemmungen die Existenz von Millionen von Menschen, deren Lebensraum zerstört und denen ihre Ernährungssicherheit entzogen wird.

Laut dem Emissions Gap Report des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP 2022) liegt das im Jahre 2015 beim Pariser Klimagipfel vereinbarte Ziel, die Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf deutlich unter 2°C zu begrenzen, in weiter Ferne. Würden die bestehenden nationalen Klimaschutzpläne tatsächlich umgesetzt, was nach bisherigen Erfahrungen eine unrealistische Annahme sein dürfte, ist im Jahr 2100 stattdessen mit einem Temperaturanstieg von 2,8°C zu rechnen. Sollten die noch genauer zu erforschenden Kippunkte erreicht werden, ist zudem von einer deutlich beschleunigten

Verschärfung des ökologischen Wandels auszugehen. Eine Erwärmung um 1,5°C wird nach aktuellen Schätzungen des IPCC sehr wahrscheinlich schon bis zum Jahr 2040 erreicht sein (IPCC 2023). Diese Schätzungen, die ja einem politisch abgestimmten Dokument entstammen, gelten einigen Wissenschaftler*innen noch als ausgesprochen konservativ.

Vom erfolgreichen Umweltschutz zum Nachhaltigkeits-Paradigma

Trotz der begründeten Aussicht auf eine anhaltende katastrophische Entwicklung sind mit Blick auf die praktizierte Umweltpolitik, die seit Ende der 1960er Jahre explizit als solche verstanden wird, auch erhebliche Fortschritte zu konstatieren. Der Umweltschutz ist im Vergleich zu seinen Anfangsjahren heute etabliert und normalisiert. In den ersten Kernbereichen, der vorwiegend lokalen Luft- und Wasserreinhaltung, sind Erfolge nicht von der Hand zu weisen. Die Effizienzgewinne durch technisch-wissenschaftliche Innovationen, die allgemeine Zustimmung zur Erhaltung

„Wir können die Welt nicht retten, indem wir uns an die Spielregeln halten. Die Regeln müssen sich ändern, alles muss sich ändern, und zwar heute.“

Greta Thunberg, Klimaaktivistin

der natürlichen Lebensgrundlagen und die geteilte Sorge über den Klimawandel sind ungeachtet einiger, sich laut artikulierender Zweifler*innen der Klimakrise sichtbarer Ausdruck von gesellschaftlichen Anpassungsprozessen an die diagnostizierten ökologischen Bedrohungen.

Von der unteren Naturschutzbehörde auf kommunaler Ebene bis zum zurückliegenden Klimagipfel 2022 im ägyptischen Scharm asch-Schaich mit ca. 20.000 Teilnehmenden aus über 190 Staaten, vom

.....

*Es sind kaum Probleme wirklich
gelöst, sondern vielfach eher
verschoben worden*

.....

Beschluss der EU, ab 2035 keine neuen Verbrenner-Pkws mehr zuzulassen, dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das 2021 die Bundesregierung zu mehr Klimaschutz verpflichtete, bis zu globalen Protesten von Klimaschützer*innen zeigt sich: Die Verankerung des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen hat nicht nur tatsächlich stattgefunden und zu einigen Erfolgen geführt, sie ist auch noch nicht

an ihrem Ende angelangt. Erstens verhindern institutionelle Eigenlogiken politisch gesetzter Ziele und rechtlicher Verpflichtungen einen Stillstand, zweitens treibt der anhaltende Druck der Klimaschutzbewegung, der unter anderem mit den „Fridays for Future“-Demonstrationen seit 2019 eine neue Stärke erhalten hatte, die Entwicklung voran. Vor allem aber sind drittens kaum Probleme wirklich gelöst, sondern vielfach eher verschoben worden. Dass „die Kluft zwischen dem Erreichten und dem Notwendigen“ (SRU 2020, 9) wächst, hielt der Umweltrat der Bundesregierung schon 2020 – zu Beginn der Covid-19-Pandemie und noch vor dem Krieg in der Ukraine – fest und verlangte eine deutlich ambitioniertere Politik in fast allen Bereichen.

Eine weitere Dynamisierung der bereits unternommenen Schritte ist nicht nur nach wissenschaftlicher Einschätzung dringend geboten, sie ist im Zuge des Wandels von der Umwelt- zur Nachhaltigkeitspolitik auch immanent angelegt. Drehte sich der umweltpolitische Diskurs anfangs noch um die Bekämpfung vor allem lokal sichtbarer ökologischer Belastungen, ist schon seit Ende der 1980er Jahre die globale Dimension der Problemlagen und die notwendige Verbindung von ökologischen und sozialen Aspekten unverkennbar. Das Paradigma der nachhaltigen Entwicklung bil-



© picture alliance / ZUMAPRESS.com

Spürbare und gefährliche Auswirkungen der Waldbrände in Kanada – New York, 8. Juni 2023

det das Scharnier eines Wandels, der vom Umweltschutz hin zur sozial-ökologischen Transformation führt, über die wir heute sprechen.

So verschieden die Interpretationen dessen auch sind, was alles vermeintlich „nachhaltig“ sein kann – die tägliche Zeitungslektüre, das Supermarktregal oder die Referenzen der nächsten Nachhaltigkeitsagentur geben einen Eindruck davon –, bildet die Definition der Brundtland-Kommission (Hauff 1987) noch immer einen grundsätzlichen Orientierungspunkt. Danach ist eine Entwicklung nachhaltig, wenn sie die Möglichkeit der Bedürfnisbefriedigung der gegenwärtigen Generation sicherstellt, ohne die Fähigkeit zukünftiger Generationen zu beeinträchtigen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Angesichts der vielfältigen sozial-ökologischen Krisen, dem ungebrochenen Fortschreiten von ökologischer Zerstörung und extremer Armut, gebietet die nachhaltigkeitspolitische Zielvorgabe demnach *die bewusste und gerechte Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse im globalen Maßstab*.

Revitalisierung und Grenzen des Nachhaltigkeitsleitbildes

Das schon in die Jahre gekommene Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung erlebte eine spürbare Revitalisierung, indem es mit Beschluss der Staatengemeinschaft im Jahre 2015 in die insgesamt 17 *Sustainable Development Goals* (SDGs) sowie zahlreiche Unterziele überführt wurde. Der Titel des Dokuments: „Transforming our world“. Auch Deutschland hat sich zu dieser Transformation bekannt, zur Erfüllung der SDGs verpflichtet, deren konkrete Umsetzung in der 2021 fortgeschriebenen *Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie* festgehalten ist. Ohne an dieser Stelle die beteiligten Akteure der Nachhaltigkeitspolitik, die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen politischen Sektoren oder die gewählten Indikatoren und ihr (Nicht-)Erreichen genauer betrachten zu können, bleibt angesichts der beschriebenen Entwicklung festzuhalten:

Die Notwendigkeit einer Transformation in Richtung Nachhaltigkeit ist ein politisch gesetztes Ziel der Staatengemeinschaft. Es muss demnach eigentlich nicht mehr „von außen“ in die Institutionen der politischen Willensbildung und Administration getragen werden, sondern ist dort bereits etabliert. Dass aber die Aktivist*innen der Klimaschutzbewegung „Letzte Generation“ im Frühling 2023 in Deutschland als mut-



Umstritten: Kriminalisierung der Klimaschutzbewegungen

maßliche „kriminelle Vereinigung“ erhebliche staatliche Repressionen erleben, weil sie die Einhaltung ebendieser politisch vereinbarten Klimaziele einfordern, zeigt unter anderem Folgendes.

Die Nachhaltigkeitsziele sind *erstens* zwar in den politischen Institutionen verankert, dies ist aber nicht gleichbedeutend mit ihrer geradlinigen Umsetzung. Angesichts der strukturellen Widersprüchlichkeit staatlicher Politik ist die Umsetzung klimapolitischer Zielvorgaben stets erneut einzufordern und einzuklagen. Letzteres ist im Wortsinn gemeint, denn dem oben erwähnten Urteil des Bundesverfassungsgerichts ging eine entsprechende Klage voraus. Derzeit werden Klimaklagen global als ein weiteres Instrument genutzt, um mehr Klimaschutz zu erreichen.

Zweitens weicht die spezifische Form der Nachhaltigkeitspolitik, wie sie etwa in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie verankert ist, mehr oder weniger stark ab von verbreiteten Vorstellungen über die Verursachungszusammenhänge der Nicht-Nachhaltigkeit sowie der Schritte, die als erforderlich gelten, um einen Weg in Richtung Nachhaltigkeit tatsächlich einzuschlagen. Diese Bandbreite unterschiedlicher Verständnisse von Nachhaltigkeit zu kartieren, ist bereits seit längerem Gegenstand der sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung (Brand 2013, 54 ff.).

Zum Teil stehen sich in einem Diskursraum, in dem gesellschaftlich über Inhalt und Geltung von „Nachhaltigkeit“ gestritten wird, sehr disparate Einschätzungen gegenüber, ob etwa Märkte und Technologie notwendige Instrumente der Lösung oder umgekehrt